

# ASTA

Herausgegeben von der Studentenschaft der THD

# Zeitung

# Nr. 8

29.6.87



Neue BAFÖG Modelle im Gespräch

# Termine

Mo. 29.6.

19.00 ASTA Fraueninfoabend: "Quotierung - Sinn und Zweck"

21.00 Schloßkeller Frauendisco

Di 30.6.

17.00 11/200 Folkloretanz

Mi. 1.7.

20.00 11/23 Podiumsdiskussion "Chemie ?"  
21.00 Schloßkeller Wohnungspolitik in Darmstadt

Mo. 6.7.

19.00 ASTA Fraueninfoabend: "Frauen auf Kreta"

tut uns leid, Leute, aber in den letzten zwei Wochen vom Semester ist nicht mehr viel los!!!

Aber am 3.7 um 17 Uhr ist Karlshof Sommerfest

## WHY ?



# INHALT

Worum geht's beim HHG ?	S.3
Historische Chance: Bonn am 13.Juni	S.6
HHG Demo	S.7
Kurze Meldungen	S.8
Das StuPa hat getagt	S.8
Der Haushalt der Studentenschaft	S.9
Gremienarbeit? Boykott!!	S.11
Neue BAFÖG Modelle im Gespräch	S.13
AKW Krümmel - was tun, wenn's kracht	S.14
Alternative Hochschule	S.17
Was tun in den Semesterferien	S.18
Die Macht des Glaubens ist der Glaube an die Macht	S.20

WILSONS

Impressum: Redaktion u.V.I.S.d.P  
ASTA d.ThO. Auflage: 250 Ex.  
Erscheinungsweise: alle 14  
Tage während des Semesters  
Die ASTA Zeitung ist Mitgl. d.  
Jungen Presse Hessen. Namentlich  
nicht gekennzeichnete Artikel  
geben die Meinung der Red. wieder.

# Worum geht es eigentlich beim HHG ?

Am 12.6. wurde im Wiesbadener Landtag die erste Lesung des neuen Hessischen Hochschulgesetzes durchgeführt. Parallel dazu fanden einige studentische Aktionen statt (siehe hierzu auch eigenen Bericht.)

Die Änderung des HHG ist durch die Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) im Jahre 1985 notwendig geworden. Um die jetzt laufenden Gesetzgebungsverfahren richtig verständlich zu machen, muß hier auch noch einmal auf die Geschichte des HRG eingegangen werden.

Zur Geschichte: Ende der 60er Jahre stellte sich die Hochschulorganisation und -verwaltung der alten Ordinarienuniversität angesichts der wachsenden Studentenzahlen zunehmend ungeeignet heraus. Angestrebt wurde von allen Seiten, den Studenten, den Kultusbehörden und auch von vielen Professoren eine inhaltliche Modernisierung von Studium und Lehre sowie eine Demokratisierung der Hochschule. Es sollte für alle am Hochschulbetrieb beteiligten Gruppen die Mitsprache auf allen Ebenen (Institut, Fachbereich, Hochschule) gewährleistet werden. Die Gewerkschaften und auch Teile der SPD waren vor allem auch an der Öffnung der Hochschule für Arbeiterkinder interessiert. Die Notwendigkeit einer Reform wurde immer deutlicher und 1969 verabschiedeten die Bundesländer Hessen, Berlin, Hamburg, Baden-Württemberg und 1970 NRW neue Hochschulgesetze. Ein Auseinanderdriften der Bundesländer im Bildungsbereich deutete sich an und deshalb beschlossen die Ministerpräsidenten 1969 "Grundsätze zur Reform der wissenschaftlichen Hochschulen". Gedacht war an die Verabschiedung eines gesetzlichen Rahmens, den die Bundesländer dann ihrerseits ausgestalten sollten. Doch schon bald wurden die Schwierigkeiten einer einheitlichen Reform überdeutlich. Die ersten Thesen für ein HRG wurden von den Studenten als nicht weitgehend genug und von CDU/CSU wie von konservativen Professorenverbänden (sie fürchteten wohl um ihre Privilegien) als schon zu weitgehend abgelehnt. Streitpunkte waren sowohl die Frage der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat als auch die Besetzung aller Hochschulgremien in Drittelparität, die allen

Hochschulmitgliedern gleiches Sitz- und gleiches Stimmrecht zubilligt. Diese Demokratisierungsabsicht wurde aber bald durch das Bundesverfassungsgericht gekippt, welches die Drittelparität als verfassungswidrig einstufte.

Was kam also 1976 heraus, was regelt das HRG?

Im ersten Kapitel werden Richtlinien zu Aufgaben der Hochschulen (Studium, Lehre, Forschung) erlassen, es folgen Zulassungsbestimmungen, Mitglieder der Hochschule, Organisation und Verwaltung der Hochschulen. Inhaltlich setzte das HRG weitergehenden Reformansätzen der Länder Grenzen, während ein Zurückfallen hinter die HRG-"Vorschläge" durchaus möglich ist. So z.B. auch bei dem Punkt der Studentenschaft. Im § 41 heißt es: "Das Landesrecht kann vorsehen, daß an den Hochschulen zur Wahrnehmung hochschulpolitischer, sozialer und kultureller Belange ... Studentenschaften gebildet werden". Die verfaßte Studentenschaft wird also nicht vom HRG gefordert und die Behandlung von allgemein politischen Themen zählt nicht explizit zu ihrem Aufgabenkatalog. Folgerichtig gibt es die verfaßte Studentenschaft in den meisten unionsregierten Bundesländern nicht, was eine studentische Beteiligung in den Hochschulgremien sehr erschwerte. Dieses HRG ist dann im Januar 1976 nach 5jähriger Arbeit, als Kompromiß zwischen SPD/FDP und CDU/CSU vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden. Herausgekommen ist ein total verkrüppeltes Etwas ehemals hoher Reformansprüche. Die Gewerkschaft Erziehung-Wissenschaft (GEW) nannte die Gesetzesfassung eine häßliche Reformleiche. Konservativen Standesverbänden war sie aber anscheinend immer noch ein Dorn im Auge. So kam es, daß 1985 selbst diese häßliche Reformleiche noch einmal in Richtung Ordinarienuniversität zurückgeschraubt wurde.



Das Gesetz der CDU/CSU wollte:

- die Autonomie der einzelnen Hochschulen stärken,
- die Vielfalt des Lehrangebotes an den einzelnen Hochschulen vergrößern,
- die Forschung einschließlich der Drittmittelforschung, der Entwicklungs- und Innovationsberatung und des Technologietransfers intensivieren,
- in der Selbstverwaltung das Fachprinzip neben dem Gruppenprinzip verstärken und
- den wissenschaftlichen Nachwuchs in einer neuen Personalstruktur fördern.

Dieses Gesetz wurde natürlich von den Studenten bekämpft. Mit ihrer Meinung standen die Studenten auch nicht alleine da.

So hat z.B. der Konvent der TH Darmstadt (in diesem Gremium sind Studenten, Prof's, WiMi's und sonstige Mitarbeiter vertreten!) bereits am 6.2.1985 zu dem damaligen Referentenentwurf wie folgt Stellung genommen:

"... Auch wenn zu bestreiten ist, daß ein Gesetz wie das HRG verbessert werden könnte, so ist angesichts des vorliegenden Regierungsentwurfs jedoch nicht zu erwarten, daß hierdurch die Situation einer Hochschule wie der Technischen Hochschule Darmstadt verbessert würde, weil der Entwurf an wesentlichen aktuellen Problemen vorüber geht und sich statt dessen vorrangig auf eine Revision nach dem Vorbild zurückliegender Zeiten konzentriert. Deshalb können die im Vorspann des Entwurfs genannten Ziele durch die beabsichtigte Novellierung nicht erreicht werden. Insbesondere ist nicht zu erwarten, daß für Forschung und Lehre bessere Voraussetzungen geschaffen werden oder die Autonomie der Hochschule gestärkt wurde. ..."

Diese Stellungnahme wurde am 5.7.87 mit großer Mehrheit "bekräftigt".

In folgenden einige Erläuterungen zu den zu erwartenden Änderungen.

#### Gremienbesetzung

Auch das letzte Gremium der Hochschule in dem die Professoren noch nicht die absolute Mehrheit haben, soll zugunsten einer professoralen Mehrheit umgestaltet werden. Außerdem ist im Gesetz festge-

legt, daß kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes der Konvent und der Präsident neu gewählt werden muß. Das klingt nun wirklich schon alles sehr nach "ermächtigungsgesetz". Zusätzlich ist noch festgelegt, daß auch die Dekane der Fachbereiche von einer professoralen Mehrheit bestätigt werden müssen. Die heute schon sehr begrenzten Mitspracherechte der Studenten und Studentinnen werden so zu Mithörrechten degradiert.

Da braucht sich wirklich niemand mehr wundern, wenn keine vernünftigen Wahlbeteiligungen für Konventswahlen zustandekommen.



#### FORSCHUNG

§ 33 wird hierzu an einer Reihe von Stellen geändert:

- die Drittmittelforschung wird als Teil der Hochschulforschung bezeichnet
- die Durchführung von Forschungsvorhaben darf nicht mehr von einer Genehmigung abhängig gemacht werden
- die Mittelverwaltung aus Drittmitteln kann durch den Professor selbst durchgeführt werden.

Dabei erhalten die Auftraggeber wesentlich weitergehende Rechte über die Verwaltung ihrer Mittel, als das bisher der Fall war.

Auch sind bei dieser Regelung, die die Drittmittelforschung aufwertet, die bisherigen Veröffentlichungsregelungen bei weitem nicht ausreichend (sie waren es im übrigen auch früher nicht. So ist es z.B. die Regel, daß mit Drittmittelaufträgen gewisse Sperrzeiten für Veröffentlichungen vorgeschrieben werden!)

Die Hochschulen dürfen hier nicht zu reinen Dienstleistungsbetrieben für potente Geldgeber degradiert werden. Die Hochschulen werden so für die Interessen der Industrie instrumentalisiert. Gewerkschaften, Bürgerinitiativen u.a. Bevölkerungsgruppen werden somit wieder einmal benachteiligt. Es müßte zumindest eindeutig festgelegt werden, daß Forschungsergebnisse der Hochschulen auch unverzüglich veröffentlicht werden müssen!

Die Aufwertung der Drittmittelvorsorgung hat auch noch weitere Folgen:

So steht zu befürchten, daß sich die Landesmittel für die Hochschulen in immer stärkerem Maße an der Höhe der "eingeworbenen" Drittmittel orientieren.

Erste Anzeichen hierfür finden sich schon im Nachtragshaushalt '87. Hier werden 5 Millionen DM für Forschungsförderung bereitgestellt. Diese werden dann in der Regel dort zur Verfügung

gestellt, wo diese "Investitionen" weitere (Dritt-)Mittel erwarten lassen. Diesen 5 Mio. DM stehen im übrigen 17 Mio. DM Kürzungen entgegen. Bisher ist noch nicht klar, in welchen Bereichen diese Kürzungen stattfinden sollen.

Wenn man/frau jetzt noch bedenkt, daß die F.D.P. und die CDU (zumindest der RCDS) die Abschaffung der Studiengebühren versprochen haben, dies aber aufgrund "finanzieller Engpässe" nun doch nicht machen wollen, wird klar, welche Prioritäten in der Hochschulpolitik gesetzt werden.

Auch Frauenforschung und Friedensforschung haben demnach nichts mehr an den Hochschulen zu suchen.

Wir fordern eine ausreichende (d.h. de facto Erhöhung) finanzielle Grundausstattung, die unabhängige Forschung und Lehre gewährleisten kann!

#### PERSONALSTRUKTUR:

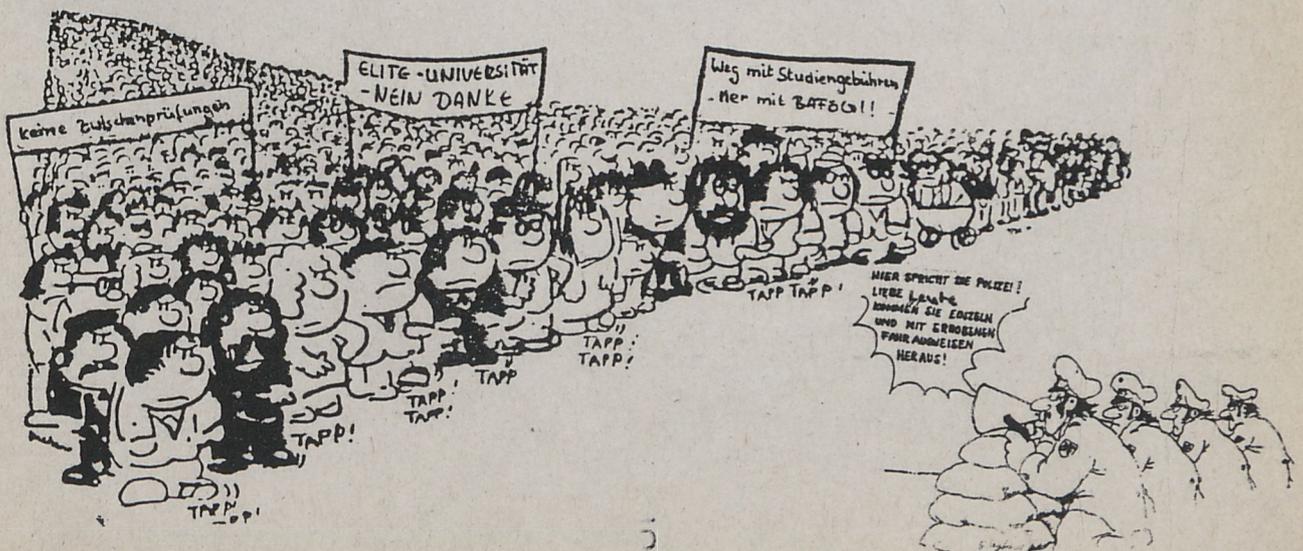
§ 33 ermöglicht den Hochschullehrern die Mitarbeiter persönlich einzustellen. Dadurch geraten sie in wesentlich größere Abhängigkeitsverhältnisse, als das bisher der Fall war.

Hierzu noch einmal ein Zitat des Konventsbeschlusses der TH-Darmstadt:

".... Die Personalstruktur soll grundlegend umgewandelt werden unter dem Vorwand mehr Spielraum für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu eröffnen.

Die Berufsperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs können aber nur durch die Schaffung neuer Stellen verbessert werden, nicht - wie im Regierungsentwurf vorgesehen - durch neue Amtsbezeichnungen, Stellenwirrwarr, eine Vielzahl von Zeitverträgen und Verstärkung der Abhängigkeit und Manipulierbarkeit.

Mit der zusätzlichen Einführung der befristeten Ämter des Oberassistenten und des Hochschuldozenten neben denen des wissenschaftlichen Assistenten, des wissenschaftlichen Mitarbeiters und der wissenschaftlichen Hilfskraft ergeben sich in der Summe Verweilzeiten auf befristeten Stellen, nach deren Durchlauf eine Beschäftigung außerhalb der Hochschule kaum zu finden sein wird. Der schon von früher her bekannte Verwendungsstau ist damit erneut programmiert.



Der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses abträglich ist die Einführung eines neuen wissenschaftlichen Assistenten, der nicht etwa den wissenschaftlichen Mitarbeiter, sondern den Hochschulassistenten ersetzen soll. Dadurch verlieren die Hochschulen Qualifikationsstellen für den Hochschul-Lehrernachwuchs, denn der neue Assistent lehrt unter fremder Verantwortung und forscht nach Weisung, und dies bei gleichzeitiger Aufwertung der Habilitation zur alleinigen Regelvoraussetzung für Berufungen. Mit der vorgesehenen Hierarchisierung und Verstärkung der sozialen Abhängigkeit kann der wissenschaftliche Nachwuchs nicht gefördert werden, zumal andererseits Stellen im akademischen Mittelbau gestrichen werden.

Die geplante Befreiung einiger Professoren von der Lehrtätigkeit lehnt der Konvent ab ...."

Dem ist nichts hinzuzufügen.

## Historische Chance:

Bonn, am 13. Juni



Trotz unsommerlichen Wetters fand am 13. Juni entgegen aller Unkenrufe und Schwierigkeiten (verursacht durch die Verwaltung der Bonner Uni) eine Demo der Friedensbewegung statt. Nach Angaben der Veranstalter nahmen mehr als 100 000 Menschen daran teil. Dies ist ein Ausdruck des ungebrochenen Friedenswillens eines grossen Teils unseres Volkes.

Nach einer Umfrage des Infas-Instituts für Meinungsforschung äusserten sich mehr als 90% der Bundesbürger für eine Verifizierung der doppelten Nulllösung, wie sie von der Udssr vorgeschlagen wurde. Nichtsdestotrotz versuchen die Nato-Länder, allen voran dieses Mal die Bundesrepublik

Deutschland, den Abrüstungsprozess zu attackieren, indem die Pershing 1a-Raketen (atomare Kurzstreckenwaffen der Bundeswehr) bei den Verhandlungen ausgeklammert werden sollen.

Dagegen legen wir schärfsten Protest ein!

Wir fordern die Bundesregierung auf alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um den Abrüstungsprozess zu unterstützen, und damit die historische Chance bis Ende diese Jahrtausends alle Atomwaffen zu verbannen, wahrzumachen.

Thomas Kamps

# HHG Demo

Nachdem die hess. ASten kurzfristig eine landesweite Aktion in Wiesbaden beschlossen haben, hatten wir wenig Zeit für die Fahrt zur 1. Lesung zu mobilisieren - 50 Leute aus Darmstadt waren deswegen eine gute Leistung. Insgesamt waren etwa 200 Leute dem hess. Landtag auf die Pelle gerückt.

Die Polizei war wohl aus Erfahrung mit anderen Bundesländern auf eine große Demonstration gefasst gewesen. Mit einem ungewöhnlich starken Polizeiaufgebot wurde der Landtag abgeriegelt. Der dort stattfindende Markttag war eingekreist von Polizisten, jeder der nicht aussah wie ein Student durfte auf den Marktplatz. Mitten in der Fußgängerzone von Wiesbaden erweiterte die Polizei nach Belieben die Bannmeile und wurde teilweise sehr brutal. Einige der friedlich protestierenden Studentinnen und Studenten wurden geschlagen und gewürgt, weil sie die Teilung in "Student" und "Normalbürger" angeblich nicht befolgten.

Es war schon ein merkwürdiges Bild, denn wir Studenten standen außerhalb des Marktplatzes und die "Normalbürger" durften rein.

Gegen Ende der Aktion wurden 3 Leute festgenommen und die Personalien aufgenommen. Zwei davon wurden ins Polizeipräsidium ge-

schleppt. Der Eine wurde durch die ganze Fußgängerzone getrieben, bis er dann in einer Kalle endgültig festgenommen wurde (Seitdem heißt er die Kellerassel).

Nach diesem Durcheinander und der provozierenden Haltung der Polizei führen wir dann wieder nach Darmstadt.

Wir waren zu wenig (und zu friedlich?), um die CDU/FDP Regierung in ihrer heimlichen Vorgehensweise zu stören.

Die 2. und 3. Lesung des neuen hess. Hochschulgesetzes wird direkt nach der Sommerpause des Landtags stattfinden - also dann wenn Semesterferien sind.

Auf der nächsten Landesastenkongferenz werden die hess. ASten ihre weitere Vorgehensweise diskutieren.

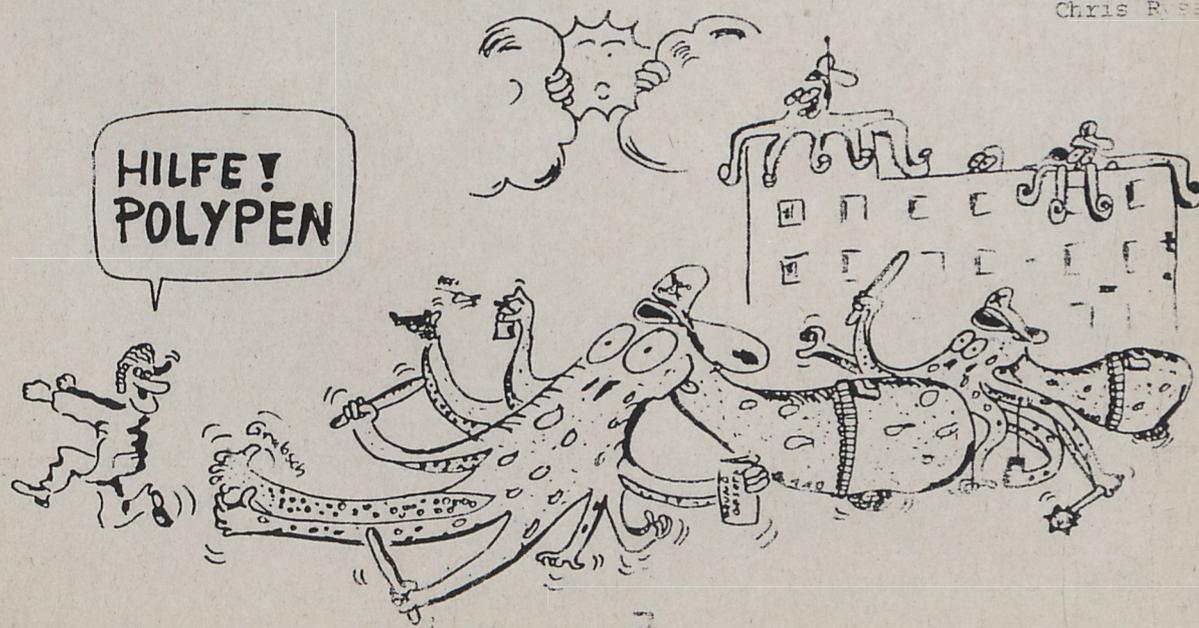
Wir werden diese Verschlechterung unserer Studienbedingungen nicht lautlos hinnehmen.

Der Aktionstag in Wiesbaden war erst ein Anfang. Jetzt kommt es darauf an phantasievolle Ideen zu entwickeln, um CDU und FDP in ihrer studentenfeindlichen Einheit zu stören.

Paris, Madrid, Göttingen - warum nicht auch in Hessen?

(schee wärs scho ....)

Chris Risse



# Kurze Meldungen

## Technikforschung

Stirbt das Zentrum für Technikforschung einen stillen Tod? Nach einer voreiligen Geburtstagsfeier zu Anfang des Semesters, wird nur Monat für Monat nicht aus der Taufe gehoben. Waren die Eltern impotent?

Nähere Informationen unter:  
-16/3220 -3629 oder  
-16/2120 -2220

## TAT Studienpreis

Am 1.8.87 ist die letzte Abgabemöglichkeit für Studienarbeiten die sich um den TAT-Studienpreis bewerben wollen! Nähere Informationen über die Ausschreibungsmodalitäten sind im ASTA der THD erhältlich. (10.00 Uhr bis 12.30 Uhr persönlich oder Tel. 162117)

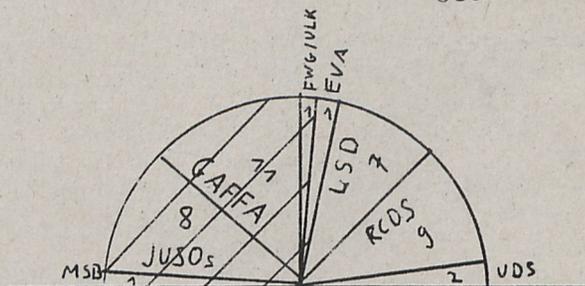
# Endlich! Das StuPa hat getagt

Haushalt 87 verabschiedet

Jochen Wendeler

Am letzten Montag, den 15. Juni tagte das StuPa zur großen Erleichterung aller wieder, nachdem die letzte ordentliche Sitzung nicht beschlußfähig war. Die Opposition war damals nur durch einen RCDS-Abgeordneten vertreten.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Beratung über den Haushalt der Studentenschaft. (siehe Seite ). Dieser Haushalt wurde gegen die Stimmen von RCDS und UDS angenommen - die, nach den letzten StuPawahlen deutlich erstarkte, Gruppe LSD war auf dieser Sitzung wie auch auf der letzten nicht anwesend. Vom RCDS wurde vor allem kritisiert, daß der Haushaltsplan nicht weit genug aufgeschlüsselt und daher schwer nachzuvollziehen sei. Vertreter des ASTAs und der ASTA-tragenden Gruppen (GAFFA, JUOSs und FWG/ULK) wiesen die Vorwürfe zurück und verwiesen auf die Erläuterungen, die bei den vorherigen Lesungen des Haushaltes gegeben wurden. Eine inhaltliche Kontroverse um einzelne Punkte des Haushaltes gab es nicht.



Recht spät am Abend verabschiedeten die StuPa-Abgeordneten noch einen Antrag, der von dem ehemaligen StuPa-Abgeordneten von Rödö angeregt wurde. So ist es in Zukunft möglich im StuPa die Anträge schon früher als bisher zu bearbeiten, falls bei den Nicht-Parlamentariern unter den Zuhörern Interesse an diesen Anträgen besteht.

Am selben Abend tagte auch der Rechnungsprüfungsausschuß (RPA). Zum neuen Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschuß wurde Georg Mehlhart (GAFFA) gewählt. Der Rechnungsprüfungsausschuß besteht aus 39 der 40 StuPa-Abgeordneten.

## **Polizei-Einsatz auf Campus**

pid GÖTTINGEN, 22. Juni. Zum erstenmal seit Beginn der Studentenproteste gegen das Sparprogramm der niedersächsischen Landesregierung hat die Universität Göttingen am Montag einen Polizeieinsatz gegen studentische Streikposten veranlaßt. Auf Antrag der Hochschulleitung drängte die Polizei mehrfach Streikposten beiseite, die die Eingänge zu Instituten und Hörsälen blockiert hatten, und stellte die Personalien von 29 Studenten fest, die ein Institutsgebäude besetzt hatten. Nach Angaben des studentischen „Streikrats“ wurde ein Demonstrant von einem Schlagstock ins Gesicht getroffen und mit blutender Wunde abtransportiert.

Die Studentenvertretung beklagte sich am Montag darüber, daß ihre Telefone „tot“ seien. Vermutlich habe die Univerwaltung die Leitungen gesperrt, um die Protestaktionen zu behindern. Der Studentenprotest richtet sich weiterhin gegen das Sparprogramm der CDU/FDP-Landesregierung, das die Hochschulen, aber auch Schüler, Sozialhilfeempfänger und Obdachlose trifft.

FR 23/6/87

# Der Haushalt der Studentenschaft

Titel	Haushaltsplan 1987	1986	1987
<b>Einnahmen</b>			
1.1	Studentenschaftsbeiträge	300000,00	300000,00
1.2	Kapitalertrag	3500,00	2000,00
1.3	Auflösung Kapital	0,00	0,00
1.4	Veranstaltungen (incl. HSF)	10000,00	40000,00
1.5	Int. Studentenausweise	7000,00	7000,00
1.6	Spenden Freitische	4000,00	3500,00
1.7	Darlehensrückzahlungen	7000,00	7000,00
1.8	Druckerei	90000,00	90000,00
1.9	Kfz-Referat	25000,00	27000,00
1.10	Schloßkeller	180000,00	185000,00
1.11	AStA-Papierladen	50000,00	70000,00
1.12	Akademisches Auslandsamt	5000,00	3000,00
1.13	Kindergarten	0,00	27000,00
<b>Summe</b>		<b>681500,00</b>	<b>761500,00</b>
<b>Ausgaben</b>			
2.1	Personalkosten		
2.1.1	AE AStA	64800,00	64800,00
2.1.2	Löhne und Gehälter	75000,00	75000,00
2.2	Zuschüsse und Beiträge		
2.2.1	Beiträge	2000,00	2000,00
2.3	Sachkosten		
2.3.1	Büro	8000,00	8000,00
2.3.2	Telefon	6000,00	7500,00
2.3.3	Kapitalaufwand	500,00	500,00
2.3.4	Sonstige Geschäftskosten	1500,00	1500,00
2.3.5	Reparaturen	1500,00	1500,00
2.3.6	Anschaffungen	12000,00	12000,00
2.3.7	Dispofond AStA, Projekte	14000,00	10000,00
2.3.8	Parlament	2000,00	2000,00
2.3.9	Rechtsberatung, Gerichtskosten	12000,00	15000,00
2.3.10	Reisekosten	4000,00	4000,00
2.3.11	Fachschaften	47700,00	48000,00
2.3.12	Kulturarbeit (incl. HSF)	15000,00	45000,00
2.3.13	Infoetat	40000,00	50000,00
2.3.14	Rücklagen	0,00	0,00
2.3.15	RDS	4700,00	4700,00
2.3.16	Freitische	6300,00	6000,00
2.3.17	Darlehen	7000,00	5000,00
2.3.18	Druckerei	110000,00	90000,00
2.3.19	Kfz-Referat	12500,00	22000,00
2.3.20	Schloßkeller	180000,00	185000,00
2.3.21	AStA-Papierladen	50000,00	70000,00
2.3.22	Ausländerausschuß	5000,00	3000,00
2.3.23	Kindergarten	0,00	29000,00
<b>Summe</b>		<b>681500,00</b>	<b>761500,00</b>

Wofür gibt die Studentenschaft ihr Geld aus?

Hier einige kurze Erläuterungen zu den Ausgaben der Studentenschaft. Wie Ihr sicher alle wißt, gehen 10 der 60 Mark die jeder Student jedes Semester überweist, an die Studentenschaft, das heißt mit diesem Geld wird die Arbeit des ASTAs ermöglicht. Anlässlich des kürzlich vom Studentenparlament verabschiedeten Haushalts für 1987 wollen wir hier kurz erläutern, wofür Eure 10 Mark so ausgegeben werden:

- 2.1.1: Aufwandsentschädigungen für die ASTA-Referenten. In Moment werden pro Monat 9 mal 600 Mark an Aufwandsentschädigung an ASTA-Referenten gezahlt. Ursprünglich orientiert sich die Höhe einer Aufwandsentschädigung am Bafög-Satz. Den im ASTA arbeitenden Studenten sollte ermöglicht werden, Ihr Studium für die Dauer der ASTA-Tätigkeit schleifen zu lassen, um dann nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer auf das AE-Geld zurückgreifen zu können. Da von 600 Mark im Monat zu leben nicht so einfach ist, teilen sich oft mehrere Leute eine AE und betreiben die ASTA-Arbeit und Ihr Studium parallel. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß man im ASTA häufig auf überarbeitete, gereizte und aggressive Referenten trifft.
- 2.1.2: Von diesem Geld werden im wesentlichen die Sekretärinnen und die Geschäftsführer des ASTA bezahlt. Zu bestimmten Projekten werden auch noch zusätzlich Leute eingestellt.
- 2.2.1: Die Studentenschaft ist in verschiedenen Organisationen Mitglied (z.B. Mieterverein)
- 2.3.2: Das Telefon ist eines der beliebtesten Arbeitsmittel der ASTA-Referenten. Allein das Organisieren einer Podiumsdiskussion mit drei oder vier Teilnehmern aus verschiedenen Ecken Deutschlands macht manchmal dutzende von Telefongesprächen nötig.
- 2.3.7: Aus diesem Geld werden Projekte finanziert, die nicht eindeutig einem der Töpfe zuzuordnen sind.
- 2.3.8: Von diesem Geld bezahlt das STUPA-Präsidium Einladungen an Parlamentarier, die StuPa-Infos etc. Bisher hat noch kein Präsidium diesen Topf voll ausgeschöpft. StuPa-Infos erscheinen sehr sporadisch und die Aufgabe über das Studentenparlament zu berichten, bleibt bei der ASTA-Zeitung hängen.
- 2.3.9: Der ASTA betreibt eine regelmäßige Rechtsberatung für Studenten der TH. Eine Rechtsanwältin ist jeden Mittwoch ab 11 Uhr im ASTA anwesend. Studenten, die sich beraten lassen möchten, sollten vorher kurz im ASTA vorbeikommen, und sich bescheinigen lassen, daß Ihr Problem vom allgemeinen studentischen Interesse ist. Bei den Gerichtskosten geht es meist um Probleme von Studenten, die zum Beispiel zwangsexmatrikuliert werden sollen und deren Begründung von zuständigen TH-Gremien abgelehnt wurden. Wenn berechnete Erfolgsaussichten bestehen, übernimmt die Studentenschaft die Gerichtskosten.
- 2.3.10: Fahrten zu Konferenzen, Tagungen etc. Es gibt eine strenge Reisekostenordnung die interessierte Studenten im ASTA erhalten können.
- 2.3.11: Dieses Geld wird von den Fachschaften für Ihre Arbeit (z.B. Infos, Zeitungen) eingesetzt. Der Fachschaftenetat ist mit dem Infoetat verrechnungsfähig.
- 2.3.12: Aktivitäten des Kulturreferats in diesem Jahr zum Beispiel die Veranstaltung "Menschenlandschaften" im Audi Max, die Volkstanzgruppe und vieles mehr. (HSF-Hochschulfest) Der ASTA ist der Überzeugung, daß unabhängige Kultur sehr oft zuschußbedürftig ist.
- 2.3.13: Hierzu zählt zum Beispiel die ASTA-Zeitung. Aber auch Plakate, Aushänge, alles was so in der Mensa rumliegt und wo ASTA-Info draufsteht und verschiedene andere Veröffentlichungen.
- 2.3.15: rds ist der Reisedienst der deutschen Studentenschaften. Dieses Geld wird ausgegeben, um die Internationalen Studentenausweise ausstellen zu können. (Ein solcher Ausweis kostet sieben Mark, auch Passbild und Immatrikulationsbescheinigung mitbringen, und taucht auf diesem Wege oben bei Einnahmen 1.5 auf.
- 2.3.16: Der ASTA vergibt Freitische (Essensmärkchen) an bedürftige Studenten. Hierfür wird regelmäßig etwas mehr ausgegeben als an Spendeneinnahmen bei Darmstädter Firmen erzielt wird. vgl. 1.6
- 2.3.17: Der ASTA vergibt Darlehen um Studenten aus einer kurzfristigen Notlage zu helfen. Im Moment wird versucht, das Studentenwerk zur Übernahme dieses Angebots zu bewegen.
- 2.3.18: Druckerei, der KFZ-Verleih, der Schloßkeller
- 2.3.21: und der Papieladen sind so kalkuliert, daß sie weder Gewinne noch Verluste machen.
- 2.3.22: Der Ausländerausschuß handelt autonom vom ASTA mit dem Geld vom Akademischen Auslandsamt.
- 2.3.23: Über die Krabbelstube wurde schon verschiedentlich berichtet. Eltern mit kleinen Kindern können sich im ASTA informieren. 2.3.23 entspricht 1.13 die Krabbelstube wird also von der Studentenschaft mit 2000 Mark im Jahr gefördert.

# Gremienarbeit ? Boykott !!

VERANSTALTUNG DER FACHSCHAFT DES FB 2  
ZU IHREM GREMIENBOYKOTT

Am Montag, den 22. Juni hatte die Fachschaft des FB 2 zu einer öffentlichen Diskussion in das Schloß geladen. Einerseits um zu erläutern, warum sie dieses Jahr die Gremien ihres Fachbereichs boykottieren und nicht dazu kandidieren, andererseits um ihr neues FS-Konzept vorzustellen, denn Gremienboykott heißt nicht weniger Arbeit für die FS, sondern eher mehr.

Zuerst stellten Vertreter der FS die Situation dar, die zu ihrem Gremienboykott geführt hat. Wie in so vielen Fachschaften konzentrierte sich die Arbeit hauptsächlich auf die Gremien wie Fachbereichsrat, Lern- und Studienausschuß, Diplomprüfungskommission, Berufungskommission etc. Die FS hatte das Gefühl, nicht mehr dazu zu kommen, über inhaltliche Themen ausführlich zu diskutieren, sie war sich über ihr Selbstverständnis nicht mehr im klaren und tat nur noch reagieren statt aktiv etwas zu machen.

Daß ihre "Basis", die Studenten und Studentinnen ihres FB, nicht mitzogen bei der FS-Arbeit, verschlimmerte die Situation noch, veranlaßte aber immerhin zum Nachdenken und war letztlich auch mit ein Hauptgrund, es einmal anders zu versuchen.

Die FS-Arbeit wird jetzt u.a. durch mehrere Arbeitsgruppen mitgetragen, die sich in Bereiche vertiefen sollen, die bis jetzt immer etwas zu kurz gekommen sind:

Eine AG wird sich mit der Herausgabe einer FS-Zeitung beschäftigen, eine andere ist dabei, ein Konzept auch für zukünftige Orientierungsphasen zu erarbeiten, eine Dritte will die Stellung der FS zu einem Technikforschungszentrum klar machen. Gerade bei diesem letzten Punkt hat sich die FS vorgenommen, verstärkt mit dem Asta der TH zusammenzuarbeiten, der schon länger für die Einrichtung eines solchen Zentrums aktiv ist.

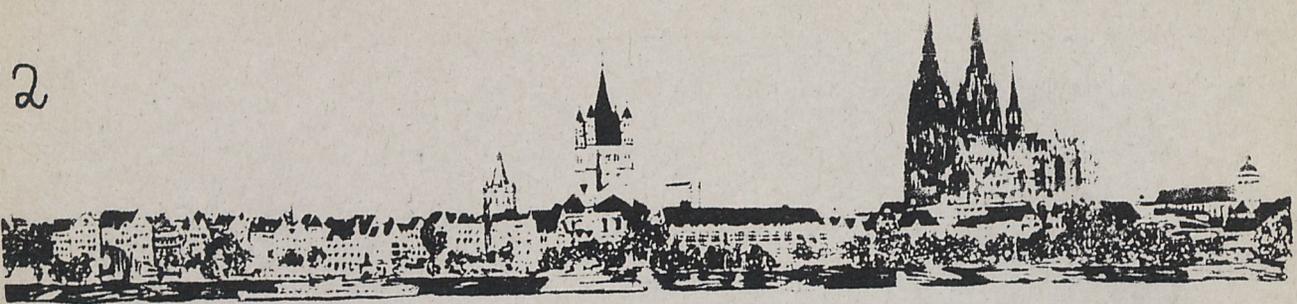
Weiterhin sollen dann im Wintersemester noch mehrere Veranstaltungen durchgeführt werden, z.B. zur Quotierung (Frauenanteil) und zur Rolle der Hochschule in der Wirtschaftsgesellschaft.

Nachdem die FS diese ihre Vorstellungen den Zuörnern dargelegt hatte, kam es zu einer intensiven Diskussion, die sich erst einmal hauptsächlich um das Für und Wider eines Gremienboykotts drehte. Hier gab es unter den Teilnehmern unterschiedliche Vorstellungen über die Funktion der Gremien und ihrer Besetzung auch mit studentischen Vertreter/n/innen. Während einige meinten, daß man in langen Jahren erkämpfte Positionen wie die Beteiligung von Studenten an solchen Gremien nicht einfach sang- und klanglos aufgeben dürfte, waren andere der Ansicht, daß es sich hier nur um "scheindemokratische" Verfahren handelt, da die Profs überall die Mehrheit haben im Fachbereich. Einig war man sich sicher weitgehend darin, daß wir als studentische Vertreter in solchen Gremien nicht viel erreichen können, aber es sei schon wichtig, zumindest die Informationen zu bekommen.

Die FS des FB 2 teilte dann mit, daß sie weiterhin an FBR-Sitzungen u.a. als Zuhörer teilnehmen würden, das Stimmrecht würde eh nichts bringen. Sie wollen ihre Aktion auch so verstanden wissen, daß sie einmal ein Zeichen setzen, aktiv vorzugehen, und nicht immer alles mitzumachen.



ALLE  
**AGITATION**  
BLIEB VERGEBLICH.



Es kommt ihnen sehr darauf an, überhaupt Diskussionen über dieses Thema, über ihr Selbstverständnis bei sich und auch bei den anderen FS und FB's zu erzeugen.

Sie wollen auf jeden Fall diese Scheindemokratie nicht länger durch ihre Teilnahme legitimieren.

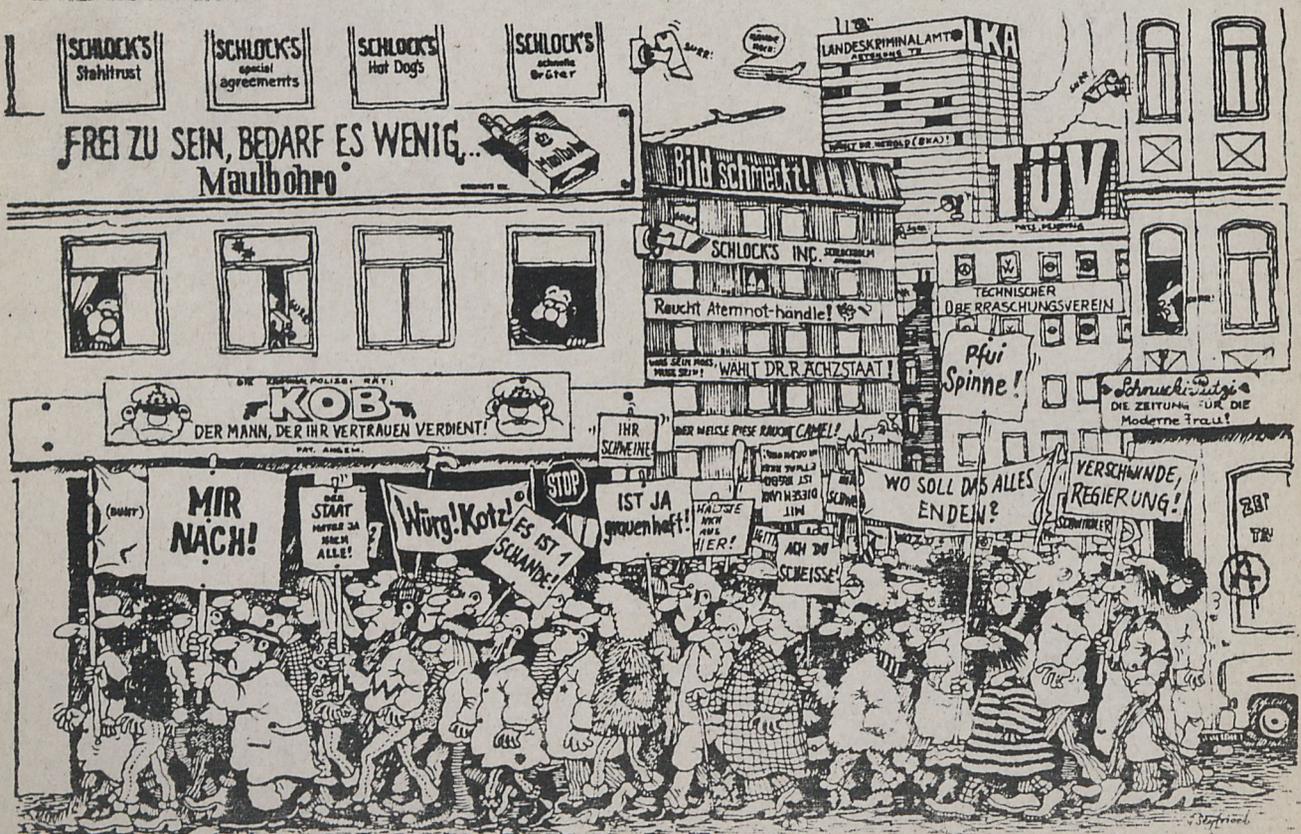
Die Konsequenz ist die, daß sie sich jetzt wieder mehr auf Aktionen mit den Student/en/innen besinnen müssen, anstatt nur einen Antrag in irgendeinem Gremium zu stellen.

Zum Schluß der Diskussion wurden Vorschläge gesammelt, wie die Aktion der FS noch weiter öffentlich gemacht werden kann, und auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Erfahrungen mit dem Gremienboykott weiterzugeben.

Hier wurde auch auf das neue HHG hingewiesen, in dem die wenigen Rechte, die die Studenten an der Hochschule haben, noch weiter reduziert werden.

Die FS 2 wollte so durch ihr Vorgehen zeigen, daß sie nicht alles mit sich machen lassen und immer Ja und Amen dazu sagen.

M. Altenhein



# Neue BAFöG Modelle im Gespräch

Nachdem in den letzten Jahren das BAFöG systematisch gekürzt wurde, sind jetzt schon wieder neue Gedanken in dieser Richtung im Gespräch.

Drei Modelle werden z.Z. im Bundesbildungsministerium erwogen, um die jetzige Förderung umzustellen:

## 1.) Das "Oberhausermodell"

Die Eltern verzichten auf das Kindergeld und die Kinderfreibeträge und zahlen diese Beträge bei der Deutschen Ausgleichsbank ein. Übereinen Zeitraum von fünf Jahren zahlt die Bank monatlich 600 DM an den/die Studierende aus. Nach einer Wartezeit von vier Jahren und drei Monaten müssen dann 10 Jahre 300 DM monatlich zurückgezahlt werden.

Praktisch läuft dieser Vorschlag auf eine ein Zinsgeschäft für die Bank hinaus.

## 2.) Die "Bürgschaftsregelung" (sog. Bankenmodell)

Statt zusätzlicher BAFöG-Leistungen des Staates soll es Bankkredite geben. Der Staat übernimmt dabei eine Bürgschaft. Allerdings handelt es sich nicht um eine Bürgschaft im üblichen Sinne, wo der Bürge zahlt, wenn der Schuldner es nicht kann (z.B. wegen Arbeitslosigkeit). "Bürgschaft" meint hier hier nur eine Rückversicherung der Bank für den Fall, daß der Student stirbt!

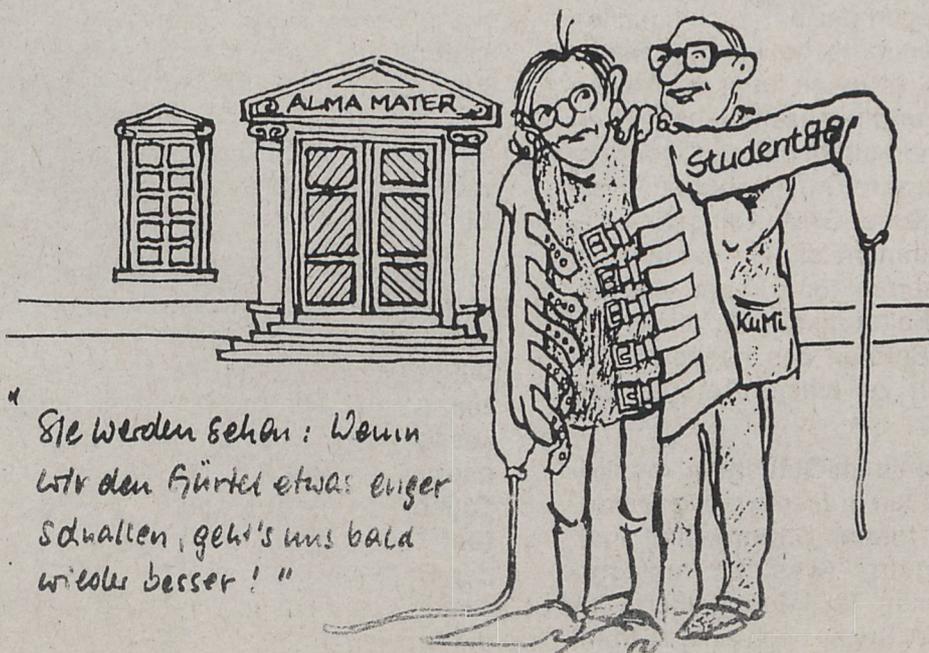
Der Staat müßte aufgrund des Sozialstaatsgebotes im Grundgesetz Rücksicht auf soziale Notlagen nehmen. Die Banken können jedoch alle Register gegen den Schuldner ziehen: Gerichtsvollzieher, Pfändung, Zwangsversteigerung, Beugehaft. Auch mit diesem "Modell" entzieht sich der Staat jeder sozialen Verantwortung.

## 3.) "Bildungssparen"

Wenn die Eltern einen mindestens dreijährigen "Bildungssparvertrag" mit einer Bank eingehen, zahlt der Staat 30% dazu, allerdings nur maximal 7000 Mark.

Auch hier erhalten nicht etwa die die Zuschüsse die sie am nötigsten hätten, sondern die, die noch sparen können.

Welches Modell Möllemann favorisiert, ist noch unklar. Wahrscheinlich wird zunächst auf das "Oberhausermodell" oder das "Bildungssparen" gesetzt. Diese Modell Modelle sollen dann als Einstiegsdroge und Durchgangsstadium zu den harten Bankenmodellen dienen. Schon das "Bildungssparen" wäre eine Weichenstellung! die Abschaffung des Prinzips der staatlichen Sozialleistung! Es kommt nicht mehr darauf an möglichst allen eine möglichst gute Ausbildung zu ermöglichen, sondern Finanzkraft und Protektion sollen wieder die einzige Sicherheit für einen Studienplatz werden.



Georg Mehlhart

# Was tun wenn's kracht?

Wie in der vorletzten Ausgabe der AStA-Zeitung angekündigt, findet Ihr hier einen Artikel über das Drei-Stunden-Gutachten zum AKW Krümmel. Dieser Artikel, der aus dem "Atom-Express und Müllzeitung" April/Mai 87 entnommen ist, soll den abstrakten Begriff "Restrisiko"

relativieren helfen (Restrisiko, das dt. Wortschöpfung um 50 vor GAU. Unter R. wird die Möglichkeit gesehen uns den Bach runter gehen zu lassen. Siehe auch Energie, Atommüll, Profitgier) Aus "Lexikon der Nachwelt, 2. Gravur, 500 n.GAU"

**Keine andere Millionenstadt in der Welt ist so von Atomkraftwerken umgeben wie Hamburg. Ganze acht Kilometer von der Stadtgrenze entfernt liegt das AKW Krümmel, 12 km sind es bis zum AKW Stade. Das AKW Brokdorf ist rund 40 km weg, das AKW Brunsbüttel gute 50, und das AKW Unterweser Esensham runde 80 km (jeweils Stadtgrenze).**

**Kein Wunder, daß Hamburg sich für ein Gutachten interessiert, das unter dem Titel "Untersuchungen zu Ereignisabläufen mit Kernschmelzen und Aktivitätsfreisetzungen" die möglichen Folgen eines Super-GAU's in einem der vier AKW's an der Elbe untersucht. Im Dezember 1985 hatte der TÜV Norddeutschland das Gutachten im Auftrag der schleswig-holsteinischen Landesregierung abgeschlossen. Doch erst ein Jahr später wurde der Inhalt auf Betreiben der GAL Hamburg öffentlich bekannt. Die Ergebnisse der Studie sind so brisant, daß selbst der atomfreundliche Hamburg Senat umgehend die (natürlich nur) vorläufige Stilllegung aller Siedewassereaktoren forderte.**

Das TÜV-Gutachten unterscheidet in seinen Untersuchungen nach Druckwasserreaktoren (Stade, Brokdorf) und Siedewassereaktoren (Krümmel, Brunsbüttel). Diese Unterscheidung ist wegen der unterschiedlichen Konstruktionsmerkmale notwendig: Siedewasserreaktoren verfügen über nur einen Wasserkreislauf und besitzen einen im Vergleich zum Sicherheitsbehälter ("Containment") großen Reaktor-druckbehälter ("Kessel"). Bei einem Super-GAU (Kernschmelze) kann das Containment daher - anders als beim Druckwasserreaktor - kaum eine zusätzliche Sicherheitsfunktion erfüllen. Ein druckbedingtes Bersten des Kessels führt unmittelbar auch zu einem Bersten des Containments.

Der TÜV geht in seinem Gutachten von drei möglichen Störfällen in *Siedewasserreaktoren* aus: 1.) ein totaler Stromausfall incl. Notstromversorgung (was so unwahrscheinlich nicht ist: 1984 funktionierte im französischen AKW Bugey nach einem Strom-

ausfall erst das dritte und letzte Notstromaggregat), 2.) der Ausfall der Nachwärmeabfuhr und 3.) der Kühlmittelverlust durch Lecks. Im Fall 1 sind Kessel und Containment bereits nach 3 Stunden (!) durchgeschmolzen, im Fall 2 nach ca. 20 Stunden, im Fall 3 nach 10 - 17 Stunden. Dieses Durchschmelzen ist dann jeweils gleichbedeutend mit der Freisetzung großer Mengen radioaktiven Materials/Gase an die Umgebung.

Bei den *Druckwassereaktoren* gehen die Gutachter von einem Bruch der Hauptkühlmitteleitung aus. Eine Stunde nach dem Störfall beginnt sich der Reaktorkern aufzuheizen. Nach zwei Stunden birst der Reaktor-kessel und innerhalb des Containments baut sich ein Druck auf, der nach etwa fünf Tagen zum Bersten führt. Während dieser fünf Tage gelangt allerdings schon ein Teil der Radioaktivität, vor allem in Form von Gasen, durch Gebäudeundichtigkeiten an die Umwelt.



Die Schlußbemerkung der Gutachter offenbart noch einmal den sicherheitspolitischen Zynismus, mit dem (nicht nur in der BRD) Atomkraftwerke betrieben werden: "Wir bemerken abschließend ausdrücklich, daß aus diesen Aussagen keine Schlüsse bezüglich des Risikos von Druckwasser- und Siedewasserreaktoren gezogen werden können. Ein Risiko-Vergleich für beide Anlagentypen ist bei dem heutigen Kenntnisstand schon deshalb nicht möglich, weil für Siedewasser-Anlagen keine Risikoanalysen existieren."

Daß die Risiken nicht gerade gering sind, zeigen die neuesten Gutachten zum Schrottreaktor Stade (siehe hierzu eigenen Artikel in dieser atom) und zeigt die Störfall-Geschichte der Siedewasserreaktoren Brunsbüttel und Krümmel. Beide gehören zu den anfälligsten AKW's in der Bundesrepublik: Allein 1985 zählte man in Brunsbüttel 22 meldepflichtige Störfälle (davon einer mit Schnellabschaltung), in Krümmel waren es zwölf. 1978 war es in Brunsbüttel zum bislang schwersten Unfall in einem bundesdeutschen AKW gekommen, als der Stutzen einer Frischdampfleitung riß und drei Stunden lang radioaktiver Dampf ins Maschinenhaus strömte, insgesamt 130 Tonnen. Mehr als die Hälfte davon gelangte an die Umwelt. Die Fehler des Bedienungspersonals, so analysierte der Bremer Physik-Professor von Ehrenstein im "Spiegel" (37/86), folgten dabei exakt jenem Verhaltensmuster, das den "normalen" Störfall zum potentiellen GAU macht: "Die Analysen des Brunsbüttel-Unfalls zeigten als eine der Ursachen des Fehlverhaltens der Betriebsmannschaft deutlich den Zielkonflikt, dem offensichtlich auch

die Tschernobyl-Mannschaft erlegen ist: den Konflikt zwischen der immer wieder als absolut vorrangig betonten Sicherheit einerseits und dem betrieblichen Interesse an möglichst pausenloser und hoher Stromerzeugung andererseits."

Das TÜV-Gutachten zeigt, wie rasch Material- und Bedienungsfehler zur Katastrophe eskalieren können und unter welchem Zeitdruck Entscheidungen getroffen werden müssen, die sich (zu spät) als falsch herausstellen können. Die Studie ist inzwischen unter dem griffigen Titel "Drei-Stunden-Gutachten" bekanntgeworden. Der Hamburger Senat gab Ende 1986 ein Zusatzgutachten in Auftrag, mit dem die möglichen Belastungen für das Hamburger Stadtgebiet abgeschätzt werden sollten. Danach ergibt sich nach einem Super-GAU beim AKW Brokdorf eine Schilddrüsens dosis von bis zu 1 rem, beim AKW Stade von bis zu 15 rem, bei Brunsbüttel bis zu 500 rem und bei Krümmel über 500 rem, vermutlich bis zu 1000 rem.

Das aber heißt: ein Super-GAU in Krümmel bedeutet automatisch eine Katastrophe, die Tschernobyl noch als harmlos erscheinen ließe. Aufgrund der geringen Vorwarnzeit wäre es unmöglich, Hamburg zu evakuieren; im übrigen gibt es auch keine Evakuierungspläne. Man würde die Einwohner auffordern (vermutlich sogar - um die Lage unter Kontrolle zu bringen - mit Einsatz der Bundeswehr zwingen), zu Hause zu bleiben. Sie blieben tagelang hoher Strahlung ausge-



setzt, bis sie kontrolliert abgeholt, untersucht, nach Strahlenschäden sortiert und entsprechend untergebracht wären. Die Folgen sind kaum auszumalen. Klaus Gärtner von der GAL beschreibt sie so: "120.000 Strahlentote in Hamburg, etwa 60.000 Krebstote in den nächsten Jahren, Hunderttausende von Kranken und Leidenden, Erbschäden in folgenden Generationen, endgülti-

ger Verlust Hamburgs mit allen Produktions- und Arbeitsstätten, Wohnungen und Einrichtungen aller Art, Verlust der Landwirtschaft mindestens in Holstein, Lüneburg und Stade. Die Folgen eines atomaren Unfalls sind so ungeheuerlich, daß die Eintrittswahrscheinlichkeit klein sein kann und dennoch ein gewaltiges Risiko entsteht."

Hier noch ein kleiner Nachsatz zu dem Thema aus der TAZ vom 11.6.87:

### AKW Stade gestört

Das AKW Stade war von Montag bis Dienstag abgeschaltet. Einige Hundert Liter leicht radioaktiven Wassers waren aus einer undichten Meßleitung in den Sicherheitsbehälter geflossen.



# Alternative Hochschule

17

Jochen Wandeler

Teilnehmer und Veranstalter zufrieden

Die diesjährige "Alternative Hochschule" wird von fast allen Beteiligten als Erfolg angesehen. Programatisches Ziel dieser Veranstaltungsreihe war es, Anregungen für eine Öffnung der Hochschule gegenüber Interessensgruppen und Initiativen in der Bevölkerung zu geben und die Rolle der Hochschule und der Wissenschaft in der Gesellschaft zu reflektieren. Die für Mittwoch, Donnerstag und Freitag Nachmittag eingeladenen Darmstädter Initiativgruppen sind im Großen und Ganzen mit der Resonanz ihrer Aktivitäten unter den Studenten zufrieden. Etwas enttäuscht war der Arbeitskreis AIDS, der sich sehr sorgfältig auf die "Alternative Hochschule" vorbereitete. Hier informierten 4 Fachleute von der Drogenhilfe, von Pro-Familia, vom Verein für soziale Medizin und von einer Knastinitiative fünf bis sechs Interessierte. Andere der Nachmittagsveranstaltungen wie der Beitrag der Fahrradwerkstatt aus Bessungen waren außerordentlich gut besucht.

In diesem Jahr wurden die Initiativgruppen erstmals unter der Woche vorgestellt. Einige der vom AstA als Organisator angesprochenen Gruppen haben in diesem Jahr auf einen eigenen Workshop verzichtet und statt dessen eine Ausstellung vorbereitet, die teilweise im zweiten Stock und teilweise im Erdgeschoß des alten Hauptgebäudes aufgebaut wurden.

Die Abendveranstaltungen liefen sehr unterschiedlich. Von der Diskussion Studenten und soziale Bewegungen konnten der politisch aktive Student und die politisch aktive Studentin vor allen mit nach Hause nehmen, daß auch vergangene Studentengenerationen nicht unbedingt aktiver oder kämpferischer waren als die heutige, sondern daß das sich nur in nostalgischer Distanz teilweise so darstellt. Die Podiumsdiskussion zwischen dem TH eigenen Gentechnologen, Herrn Professor Gassen und der Grünen Paula Pradisch über die gesellschaftlichen und politischen aber auch die ethischen

Probleme der Gentechnologie verlief ausserordentlich spannend, als aber Frau Pradisch nach knapp zwei Stunden gehen musste, war es für Nicht-Biologen vor allen interessant, zu sehen, wie ein sich anfangs liberal gebender Professor Gassen nach und nach die Möglichkeiten politischer und gesellschaftlicher Einflußmöglichkeiten auf die Inhalte der gentechnologischen Forschung mit immer primitiveren Argumenten ablehnte. Die Veranstaltung Gewerkschaften und alternative Produktion mit Ulrich Briefs sowie Dieter Rehwinkel von der Friedrich-Ebert-Stiftung und Hartmut Weber von der Darmstädter IG Metall stieß bei Studenten trotz des an sich zugkräftigen Ulrich Briefs auf nur geringes Interesse. Stattdessen beteiligten sich viele aktive Gewerkschafter an der Diskussion. Das Spektrum reichte vom DKP-Betriebsrat über Mitarbeiter des Sozialistischen Büros bis zu Sozialdemokraten und Mitarbeitern in alternativen Ausbildungsprojekten. Über diese Gegensätze hinweg wurde konstruktiv diskutiert und es zeigte sich, daß trotz wenig positiver Erfahrungen in der letzten Zeit noch einige Hoffnungen auf der Genossenschaftsidee ruhen. Es zeigte sich erfreulicherweise auch, daß der Gesprächsfaden zwischen dem Gewerkschaftskritiker Briefs und den Gewerkschaften noch nicht abgerissen ist. Höhepunkt der diesjährigen "Alternativen Hochschule" war aber ohne Zweifel die Rede des türkischen Schriftstellers Aziz Nesin im Audi-Max. In sehr anschaulicher Weise erläuterte Herr Nesin die Situation in der Türkei und erläuterte das Projekt "Bilar" in diesem Zusammenhang. (Zu Bilar näheres in zahlreichen anderen AstA Veröffentlichungen). Besonders stolz sind die Organisatoren des Besuchs von Aziz Nesin darauf, daß es gelang, die Solidarität mit "Bilar" hier in Deutschland auf eine breite Basis zu stellen. Zahlreiche AstAs schlossen sich der Einladung des AstAs der THD an Herrn Nesin an. Auch der Präsident und der Vizepräsident bekundeten Ihr Interesse an einer Zusammenarbeit zwischen "Bilar" und der THD.

# Was tun in den Semesterferien

Pünktlich zu Semester-Ende wollen wir noch ein paar Buchtips abgeben.

Diese Buchtips sind gedacht für die, die Lust haben sich Hintergrundwissen und vielleicht auch ein bißchen Bildung anzueignen, für die, denen die Betätigung der Sinne und Gedanken durch Konsum und sinnentleerte Arbeit zuwidergeworden sind und für die, die sich fundiert für eine andere, menschlichere Gesellschaft einsetzen wollen.

Vielleicht findet sich ja in den Semester"ferien" zwischen Praktikum, Klausuren und Geldverdienen doch noch ein wenig ruhige Zeit.

Zu diesem Thema gleich der erste Titel:

Rolf Wagner, Uni-Angst und Uni-Bluff  
Wie studieren und sich nicht verlieren  
Rotbuchverlag, Berlin 1977, 115 S.

Dieses Buch analysiert sehr gut die Situation an den Hochschulen und zeigt, wie die Repressionsmechanismen auf den/ die Einzelnen wirken.

Dabei werden sowohl die persönlichen Umgangsformen angesprochen (den/die Wissende/n vorspielen), als auch die gesellschaftlichen Strukturen, die zu solchem Verhalten führen.

Dieses Buch kann dazu beitragen, die eigene Situation besser zu verstehen. Auf einer solchen Basis kann mann/frau natürlich auch gezielter gegen den oft schwachsinnigen Studien-Druck vorgehen. Eine kleine Einschränkung muß jedoch gemacht werden: Bei der Beschreibung von konkreten (Lehr-)situationen wird offensichtlich, daß der Autor sich hauptsächlich auf geisteswissenschaftliche Studiengänge bezieht. Die Grundaussagen lassen sich jedoch mühelos auf andere Studiengänge übertragen und finden sich dann z.T. sogar in verstärkter Form wieder.

Lewis Mumford, Mythos der Maschine  
Kultur Technik Macht

Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt '77  
833 S., sehr umfangreich aber gut zu lesender Stil. Wirklich sehr zu empfehlen. Vielleicht finden sich im Freundeskreis noch andere mit denen mann/frau das Buch gemeinsam lesen kann?

Bei diesem Buch handelt es sich um eine umfassende Darstellung der Entdeckung

und der Entwicklung der Technik.

Mumford entlarvt in vieler Hinsicht: Er entlarvt Machtsysteme und Großtechnologien in ihren historisch gewachsenen Bedingungen, zeigt Ursachen und Wirkungen auf, die heute unter dem Titel "Sachzwänge" neue Macht ausüben. Er erweitert aber zugleich den Horizont, der für Schritte und Wege in die Zukunft notwendig ist.

Er entlarvt aber auch an vielen Stellen unser bisheriges Denken. Er zeigt deutlich die bisherige Überbewertung der "Werkzeuge" für die menschliche Entwicklung, die Überbewertung dieser Werkzeuge für die Definition des Menschen selbst. Mumford stellt diesem, in den Köpfen inzwischen sehr verbreiteten "homo mechanicus" ein umfassendes Menschenbild mit Geist, Seele und gesellschaftlichem Umfeld gegenüber.

Ein wirklich erhellende Analyse unserer Kulturgeschichte, die bekanntlich unser heutiges Denken prägt.

Da dieses Buch bereits 1966 in den USA geschrieben wurde, sind neuere Entwicklungen, die sich mit konkreten Perspektiven für die Zukunft beschäftigen nicht mehr so ganz up to date. Siehe hierzu dann Technik für Menschen weiter unten.

Ein weiteres ebenso empfehlenswertes Buch von Mumford:

Die Stadt - Geschichte und Ausblick - dtv

Erich Fromm, Haben oder Sein

Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, dtv 1976

Für diejenigen, die es noch ein wenig philosophischer haben wollen.

Fromm setzt in seinen Ausführungen zwei Schwerpunkte:

1. Eine zusammenfassende sehr kritische Analyse unserer jetzigen gesellschaftlichen Grundstrukturen, denen eine psychische Grundeinstellung des "Habens" entspricht.
2. Der Entwurf einer zukünftigen, strukturell anderen Gesellschaft, mit konkreten Vorschlägen, die jetzt (und früher) bekannten Qualitäten des Seins-Modus zur Entfaltung bringen könnten.

Dieses Buch geht weit über sein vielleicht vielen bekanntes "Die Kunst des Liebens" hinaus und kann in der Tat zu vielfältigen Bewußtseinsänderungen des/r

Lesers/in führen (bis hinein in den konkreten Sprachgebrauch).  
Von den hohen Ansprüchen die an Fromms neue Gesellschaft gestellt werden sollten wir uns nicht abschrecken oder frustrieren lassen. Vielleicht kommt es ja nicht darauf an schon Morgen alles zu erreichen, sondern viel eher darauf zu wissen wo mann oder frau hin will. Wir werden auf jeden Fall nur den Weg erleben.

Arbeitsgruppe Angepasste Technologie  
(Hrsg.), Technik für Menschen  
Neue Perspektiven für sozial- und umweltverträgliche Technologien, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt 1982

Wir kommen jetzt zu einem Buch, daß auf den historischen und philosophischen Grundlagen der vorausgegangene Bücher (u.v.a.) versucht Perspektiven für alternative Technologien und auch für alternative Wissenschaft zu entwickeln.

In ersten und zweiten Teil finden sich sehr programatische und immer noch aktuelle Artikel verschiedener Autoren zu diesem Themen.

Gerade am dritten Teil, (hier geht es um konkrete Projekte) merkt mann/frau dann welche großen Fortschritte in den letzten 5 Jahren auf diesem Gebiet zu verzeichnen sind. Aus bescheidenen kleinen Teilen, oft nicht viel mehr als Ideenskizzen, sind heute umfangreiche Pilotprojekte oder ganze Forschungsbereiche geworden.

Zu Literatur über konkrete Projekte sei auch noch auf das Programm "Alternative Konzepte" des C.F. Müller Verlages in Karlsruhe verwiesen.

So und jetzt eröffnet sich das ganze Spektrum an interessanter Literatur zu Einzelthemen von Gentechnologie über Informationstechnologie oder juristischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten in diesem Zusammenhang bis hin zu Büchern über den Selbstbau von Solaranlagen oder Regenspeichern.

Ich könnte natürlich hier noch über 20 Titel aufzählen, die unbedingt empfehlenswert wären, Ich kann aber auch folgenden Tip geben:

Geht doch mal wieder in eine gute Buchhandlung (z.B. Georg Büchner Buchladen in der Lautenschläger Str. Nähe Kant-Platz) und schmökert rum und fragt auch.

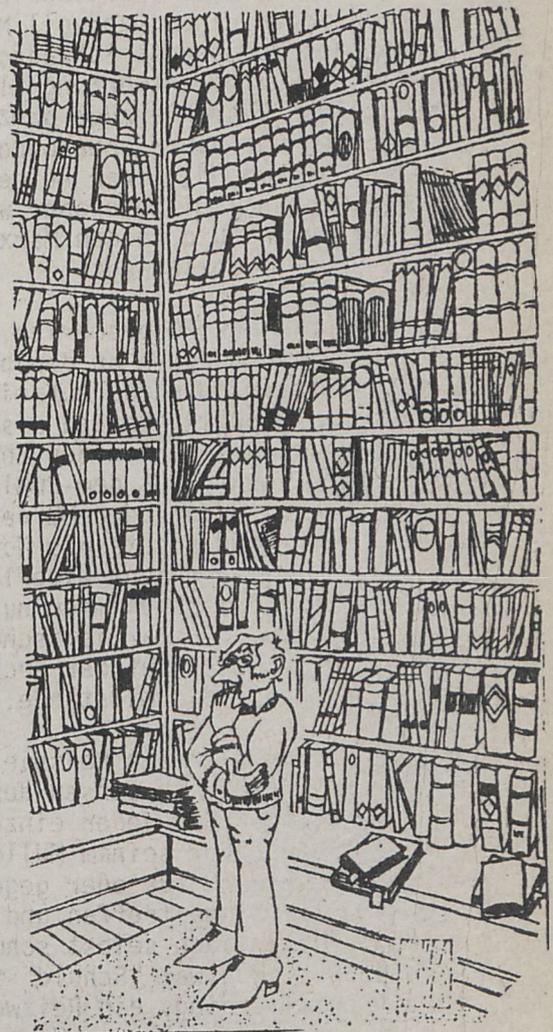
Viel Spaß beim Lesen und möglichst wenig Prüfungsstress.

Noch eine kleine Anmerkung an die ewigen Nörgler:

Es gibt sicher wieder etliche die sagen:  
- das ist doch naiv was der da schreibt  
- also ich hätte ganz andere Bücher vor....  
- sowas von platt, da müßte man.....

Sagt eure Kritik doch so, daß wir im ASTA auch was davon hören. Allerdings müßt ihr euch dann auch darauf gefasst machen daß ihr als Antwort erhaltet. "tolle Idee, da kannst du doch am besten gleich mit anfangen!"

Georg Mehlhart



# Die Macht des Glaubens ist der Glaube an die Macht

VERANSTALTUNG DER MARXISTISCHEN GRUPPEN

Der Papstbesuch und der am Vortag beendete evangelische Kirchentag war für die Marxistischen Gruppen (MG) Grund genug im Schloßkeller eine Diskussionsveranstaltung zu organisieren, deren Zweck eine Aufdeckung vieler christlicher Untugenden sein sollte.

Ein kurzes Referat einer Marxistin wurde bald ausgeweitet zu einer Disputation zwischen einem Handvoll Marxisten, welche das permanente Schwadronieren von Moral und Verantwortung als typisch christliche Charakterzüge darzustellen versuchten und einer ebensogroßen Gruppe im Publikum, die zwar keinen christlichen Gegenpol bildete aber wissen wollte, welche Utopie den Marxistischen Gruppen vorschwebt.

Die Rednerin der MG beschrieb das andauernde Herumnörgeln an den bestehenden Zuständen, ohne das Aufzeigen von Verbesserungsmöglichkeiten als eine der übelsten Spielarten des Christentums. Ein Einwand aus dem Publikum, die Hochschulzeitung der MG verbreite seit Jahren auch nichts als Nörgelei sollte mit dem Argument widerlegt werden, die Kirche suche immer nur schuldige Personen, die marxistischen Gruppen hingegen seien auf der Suche nach den Gründen für die Mißstände.

Ein Zuhörer führte ein Beispiel an: Ein Grund für das Anwachsen der Müllberge sei doch, daß jeder einzelne Mensch zuhause vor seinem Mülleimer eine Entscheidung für oder gegen Getrenntmüllsammeln treffen und damit am Müllproblem auch selbst schuld sein könnte. Nun war "Schuld" für die Marxisten allerdings ein Reizwort und das getrennte Sammeln von Hausmüll sei ein Quatsch, an dem man sich nicht beteilige.

An einen der Referenten wurde die Frage gestellt woran er eigentlich glaube, ob er ein Existentialist sei. Ausdrücklich wollte sich der Befragte nicht in dieses Schema pressen lassen, man sei weder Existentialist noch Nihilist.

Auf einen Einwand hin, der die Situation der Christen in der Sowjetunion und Polen zum Gegenstand hatte, geschah doch noch etwas ganz außergewöhnliches: Ein Mitglied der Marxistischen Gruppen erklärte ein Ziel der MG: "Wie das in der Sowjetunion gemacht wird ist total falsch. Die lassen die Kirchen stehen, benutzen sie als Museen und die Ostkirche existiert immer noch. Wenn wir an die Macht kämen würden wir mit propagandistischen Mitteln so lange auf die Menschen einwirken bis das Christentum endgültig verschwunden wäre."

Die anschließende Frage, ob dann nicht ein Ersatzgott wie der nordkoreanische Präsident Kim auftauchen könnte, blieb unbeantwortet, da keiner der anwesenden Marxisten etwas über das politische System Nordkoreas wußte.

Schließlich kam der Einwand, man müsse doch tolerant sein, doch auch dies war wieder eine Fehlannonce: Toleranz setze Macht voraus und überhaupt sei dies allein ein abendfüllendes Thema. So verendete dann die insgesamt gelungenen Veranstaltung um Mitternacht wegen Abwandern des Publikums.

Joachim Stumpf

## Ergänzung.

Die Marxistische Gruppe versucht mit ihrer Politik sämtliche Bewegungen, wie Friedens-, Ökologiebewegungen und auch gewerkschaftliche Aktionen zu spalten. Der Verdacht liegt nahe, daß es genau ihr Ziel ist sämtliche marxistisch orientierte Leute unmöglich zu machen. Der Name MG ist für diese Gruppe völlig falsch, denn mit Marxismus hat das destruktive Verhalten nichts zu tun. Sie beteiligen sich nicht an den Hochschulwahlen und nicht bei der Gremienarbeit. Das Geld für ihre aufwendigen Propagandamaterialien könnte auch der Verfassungsschutz bezahlen, denn ihr Tun ist im Sinne der Herrschenden in unserem Lande (wenn er das Loch in Celle sprengt, dann kann er das auch).